

Sammlung der Thesen/Fragen

1. **GESCHLOSSEN AM 17.11.2020 UND IN DIE REDAKTIONELLE AUFBEREITUNG ÜBERFÜHRT: Redaktionelle Bearbeitung der Thesen**

2. Vorschläge FRAGEN: (Vorschläge auslagern in ein Online-Formular und geordnet/zusammengefasst hier sammeln?)

Evtl. hilfreich, um gute Thesen zu erarbeiten: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45397/projektbaustein-3-wahlomat-machen?p=all>

- 2.1. AK Klima und Umwelt:
- 2.2. Mini-AG Wohnen:
- 2.3. Mini-AG Barrierefreiheit & Chancengleichheit:
- 2.4. Mini-AG Kultur
- 2.5. Mini-AG Digitalisierung
- 2.6. AK Lehramt
- 2.7. Studierendenwerke
- 2.8. Mobilität/Semesterticket
- 2.9. Forschung & Lehre
- 2.10. Kompetenzen von Studierendenvertretungen / politisches Mandat
- 2.11. Studiengebühren? BAföG? Weitere finanzielle & Förderungsaspekte
- 2.12. Hochschulzugang & Bewerber*innenauswahl (NC, Zugangsberechtigung)
- 2.13. International Studieren, europäische & internationale Vernetzung und Austausch
- 2.14. Unsortiert
- 2.15. Vorschläge aus dem Webformular
- 2.16. Arbeitskreis Corona

2.1. AK Klima und Umwelt:

- Gastronomie (Studierendenwerke): Die Höhe der Subventionierung von einzelnen Gerichten soll anhand von Nachhaltigkeitskriterien (biologisch, regional, saisonal, vegan) festgelegt werden, so dass umwelt- und klimaschädliche Gerichte nicht mehr subventioniert werden
- Governance / Betrieb: Die Landesverwaltung soll einen eigenen Topf bereitstellen, der es allen staatlichen Hochschulen in BaWü ermöglicht, klimaneutral zu werden
- Governance: Hochschulen haben die Aufgabe am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen und ihn wissenschaftlich zu begleiten. (Soziale Nachhaltigkeit?)
- Governance: Als staatliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen haben Hochschulen eine besondere Verantwortung Nachhaltigkeit vorzuleben.
- Klimaneutralität: Die Hochschulen sollen bis spätestens 2035 klimaneutral werden. (Ist es schlau eine Jahreszahl zu nennen? bis spätestens 2035 - würde hier eine "mittlere Jahreszahl nehmen, damit eine entsprechende Ausdifferenzierung zwischen den Parteien möglich wird)
- Betrieb: An jeder Hochschule soll es verpflichtend mindestens eine*n hauptamtliche*n Nachhaltigkeitsbeauftragte*n geben
- Betrieb: Jede Hochschule muss einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen, der jährlich aktualisiert wird und transparent über Umwelt- und Klimaauswirkungen informiert sowie Maßnahmen vorschlägt
- Lehre: In allen Studiengängen sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzaspekte integriert werden
- Mobilität: Dienstliche Flugreisen mit einer Entfernung unter 1.000 km sollen nicht erlaubt sein
 - alternativ Reisedauer als Kriterium? Vgl. Gesetz in Frankreich: Wenn Zugreise nicht mehr als doppelt so lange Reisedauer wie Flugreise, dann Zug verpflichtend
 - David Kopp Was letztlich dem Klimaschutz mehr nützt, der Vergleich der Reisedauer oder die Beschränkung der Länge der Reise (1000 km) , kann ich nicht beurteilen. Für den Studi-O-Mat tendiere ich jedoch dazu, das Modell mit den 1000 km zu bevorzugen. Grund: Es gibt in Deutschland inzwischen eine relativ große Initiative von S4F genau hierzu. Es macht deshalb aus strategischen Gründen Sinn, diese Initiative entsprechend zu unterstützen bzw. in dem Studi-O-Mat einzubauen: <https://unter1000.scientists4future.org/de/>
- Energie: Der Energieverbrauch von Hochschulen soll nach folgender Priorität reduziert und geregelt werden: Suffizienz, Effizienz, Eigenproduktion und Einkauf erneuerbarer Energien.
- Zur Verbesserung des Klimas sollten in Schulen und Universitäten Gärten angelegt werden.

2.2. Mini-AG Wohnen:

- Der Ausbau von bezahlbarem Wohnraum in Hochschulnähe soll gefördert werden.
- Studierendenwerke sollten höhere Zuschüsse für die Modernisierung und Instandhaltung von studentischem Wohnraum erhalten.
- Studierendenwerke sollen verpflichtende Wohnkontingente für Studierende mit Kind(ern) bereitstellen.
- Studierendenwerke sollen Wohnkontingente für Studierende mit Behinderungen bereitstellen.
- Internationale Studierenden sollen ein Anrecht auf einen Wohnheimplatz haben.
- Alle Neubauten sollen klimaneutral sein.
- Alle Studierenden sollten ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum (Wohnheime) haben. ?
- Der Anteil von Einzelappartments in Wohnheimen soll reduziert werden./Mikroappartments sollen vermieden werden.

2.3. Mini-AG Barrierefreiheit & Chancengleichheit:

- Die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonventionen sind an den Hochschulen in Baden-Württemberg ausreichend umgesetzt.

- Universitäten sollten von Betroffenen auf Barrierefreiheit und die Praktikabilität der entsprechenden Maßnahmen geprüft werden. Bei festgestelltem Bedarf soll das Land finanzielle Mittel für Umbau und Ausstattung zur Verfügung stellen.
- Studierende mit Migrationshintergrund und sollten mehr gefördert werden.
- Die psychologische Betreuung für Studierende, die von Hochschulen bzw. Studierendenwerken zur Verfügung gestellt wird, soll ausgebaut werden.
- Lehrkörper und Amtsträger*innen sollen quotiert werden.
- Die Änderung von Namen, Personenstand und Pronomen im Hochschulsystem soll vereinfacht werden (unabhängig von amtlichen Unterlagen) und es sollen Anlaufstellen geschaffen und ausgebaut werden für trans, inter und nicht-binäre Studierende und Mitarbeiter*innen.
- (Studierende mit geringem Vermögen/geringem Einkommen/aus einkommensschwachen Haushalten sollen bei der Ausstattung mit elektronischen Geräten und einer ausreichenden Internetqualität finanziell unterstützt werden)
- (Das (Zweit-)Studium soll gebührenfrei werden.)
- (Für die Hochbegabtenförderung soll kein Landesgeld ausgegeben werden.)
- Die Hochschulen sollen genderneutrale Toiletten einführen.
- In der Kommunikation von Verwaltung und Lehre sollte durchgängig gendergerechte Sprache verwendet werden.
- Die Gleichstellungsstellen der Hochschulen sollten weiter ausgebaut und finanziell besser ausgestattet werden.
- Auf allen Formularen der Universität sollte es mindestens 3 Geschlechtsoptionen geben.
- Bei der Bewertung von (schriftlichen) Prüfungen und Bewerbungen sollten grundsätzlich keine persönlichen Daten einsehbar sein, um Diskriminierung zu verhindern.

2.4. Mini-AG Kultur

- Kooperationen mit Kultureinrichtungen sollen gefördert werden, um Studierenden vergünstigten Eintritt zu ermöglichen.
- Werbung für Sekten und fundamentalistisch-religiöse Veranstaltungen sollten an Hochschulen verboten werden.
- Es sollen mehr Räume für Studierende bereitgestellt werden, in denen sie Kunst- und Kulturprojekte realisieren können (Proberäume, Ateliers, Werkstätten etc.). Leerstände in Universitätsstädten sollen den Studierenden dazu kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Die freie Szene soll durch spezifische Förderprogramme unterstützt werden, um die Diversität zu erhöhen.
- Nicht-kommerzielle Veranstaltungen junger Künstler*innen sollen vom Land unterstützt werden, indem kostenfreie Auftrittsmöglichkeiten geschaffen werden.

2.5. Mini-AG Digitalisierung

- Auch über die Pandemie hinaus sollen digitale Lehrkonzepte genutzt werden.
- Es sollte möglich das eigene Studium größtenteils online zu absolvieren.
- Die Hochschulen sollten mehr Geld für die Digitalisierung von Lehre & Verwaltung bekommen.
- Alle Verwaltungsgänge (Studienbescheinigungen, Notenübersichten, etc.) sollten grundsätzlich online durchführbar sein.
- Alle IT-Angebote der Hochschulen sollten auf mobilen Geräten, bspw. mit einer App, abrufbar sein.
- Es sollte Förderprogramme des Landes geben, um die Hochschulen weiter zu digitalisieren.
- Auch in Zukunft sollten Online-Prüfungen angeboten werden.
- Es sollte landesweite Softwarelizenzen für Office Produkte für alle Studierenden geben.
- Alle Hochschulen sollten vorwiegend auf Open Source Software setzen.
- Die Landesregierung sollte eine zentrale IT-Infrastruktur für die Hochschulen anbieten (bspw. Kommunikationsplattform, Videocallplattform, Lernplattform, Campusapps)
- Alle Hochschulen sollten ihren Studierenden eine einheitliche Plattform für Video-, Sprach- und Textkommunikation zur Verfügung stellen (bspw. Microsoft Teams)

2.6. AK Lehramt

- Pädagogische Hochschulen sollen neben den Universitäten und anderen Hochschulen in ihrer jetzigen Form mit dem Hauptzweck der Ausbildung von Lehrkräften erhalten bleiben.
- Der Praxisanteil (Praktika) soll im Lehramtsstudium erhöht werden.

✓ Deleted User Gina Blick These ggf. noch etwas spezifizieren. In welcher Phase des Studiums? An welcher Hochschulart? Für welche Schulart? Bis spätestens 16.11.2020 Dankeschön!

✓ Deleted User Gina Blick bitte ggf. noch ergänzen bis 16.11.2020 Danke!

2.7. Studierendenwerke

- Studierendenwerke sollen proportional abhängig von der Anzahl der Studierenden und Standorte die sie betreuen **finanziert** werden.
- Studierendenwerke sollten sich auf ihre **Kernaufgaben beschränken und primär wirtschaftlich** arbeiten.
- Studierendenwerke sollten **fusionieren**, um Ressourcen zu teilen und Verwaltungskosten zu senken.
- Studierendenwerke die primär **gesundes und nachhaltiges Essen** anbieten, sollten subventioniert werden. (AG Klima)
- Studierendenwerke sollten eine verpflichtende **Geschlechterquote** haben.
- Studierendenwerke sollten sich aktiv für einen nachhaltigen Betrieb einsetzen (vegan/vegetarisches Essen, Ökostrom in Studierendenwerken, Solaranlagenbau, Müllvermeidung)

2.7.1. Wahlprüfsteine der Arbeitsgruppe Studierendenwerke BaWü (Quelle: https://lastuve-bawue.de/wp-content/uploads/2020/08/2020-06-10_Broschüre_Wahlprüfsteine_Web.pdf)

2.7.1.1. Fusion von Studierendenwerken

- Wie wird Ihre Partei garantieren, dass allen Studierenden ein angemessenes und für ihr Studium essenzielles **Leistungs- und Beratungsangebot** vor Ort zur Verfügung steht?
- Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Empfehlungen des Landesrechnungshofs zur **Finanzierung der Studierendenwerke**, die sich im Übrigen auf denselben Zahlenzeitraum beziehen, wie der bereits am 26. Februar 2015 im Wissenschaftsausschuss mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP gefasste folgende Beschluss? Dieser lautet wie folgt: „[...] angesichts der Studierendenzahlen und

der regionalen Verteilung der Hochschulstandorte werde an der Zahl und der Gliederung der Studierendenwerke in Baden-Württemberg in der bisherigen Form festgehalten, da sich die derzeitige Struktur der Studierendenwerke bewähre und den vermeintlichen und kostenmäßig nur schwer zu beziffernden Einsparungen durch eine weitere Zusammenlegung erhebliche Nachteile gegenüber stünden [...] Weiterhin wird angeführt, dass [...] die regionale Fokussierung wichtig für die Arbeit der Studierendenwerke sei, diese „nah an den Hochschulen und Studierenden sein müssten, um die Kundennähe zu erhalten und die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angemessen berücksichtigen zu können“ und „die enge und räumlich nahe Zusammenarbeit zwischen Studierendenwerken und Hochschulen einen immensen Standortvorteil für die baden-württembergischen Hochschulen darstelle [...]“. Quelle: www.landtag-bw.de/home/aktuelles/pressemitteilungen/2015/februar/312015.html

2.7.1.2. BAföG

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um den **bürokratischen Aufwand beim BAföG** zu vereinfachen und damit die Bearbeitungsdauer und die Verfahrenskosten zu reduzieren?
- Wie würde eine Landesregierung unter Mitwirkung Ihrer Partei sicherstellen, dass Studierenden eine persönliche und **qualifizierte BAföG-Beratung** angeboten wird und die **Chancengerechtigkeit** damit gewahrt bleibt?
- Bafög soll nicht zurückgezahlt werden müssen, es soll an keine Regelstudienzeit gekoppelt sein und er muss deutlich erhöht werden.

2.7.1.3. Studentisches Wohnen

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um **kostengünstiges und modernes Wohnen** in Hochschulnähe zu unterstützen und damit die Attraktivität des Hochschulstandortes Baden-Württemberg für nationale und internationale Studierende zu fördern?
- Welche konkreten Maßnahmen (z.B. Höhe Wohnplatzzuschuss) würde eine Landesregierung mit Ihrer Beteiligung beschließen, um die Studierendenwerke beim Ausbau sowie bei der Instandhaltung und Modernisierung von studentischem Wohnraum zu unterstützen?
- Alle Studierendenwohnheime die neugebaut werden, sollen komplett barrierefrei sein.
- Studierendenwohnheime die neu gebaut werden, sollen prinzipiell klimaneutral gebaut werden.

2.7.1.4. Mensen

- Wie positioniert sich Ihre Partei zu der **Schließung von einzelnen Mensen mit hohem Subventionierungsbedarf** an baden-württembergischen Hochschulen?
- Welche Maßnahmen strebt Ihre Partei an, um die **Finanzierung eines günstigen und ausgewogenen Essensangebots** an unseren Hochschulen sicher zu stellen?

2.7.1.5. Soziale Leistungen

- Die sozialen Leistungen der Studierendenwerke stellen ratsuchenden Studierenden aus dem In- und Ausland ein **kostenfreies Beratungs- und Betreuungsangebot** zur Verfügung und ermöglichen auch jungen Eltern ein Studium. Wie steht Ihre Partei zur Förderung dieser sozialen Leistungen der Studierendenwerke?
- Welche konkreten Maßnahmen würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergreifen, damit die Studierendenwerke auch weiterhin durch ein **umfassendes Beratungsangebot**, möglichst vielen Menschen die Aufnahme eines Studiums ermöglichen und damit die soziale Teilhabe und Chancengleichheit fördern können?

2.7.1.6. Finanzierung der Studierendenwerke

- Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Empfehlung, Mehrkosten auf die Studierenden durch Beitrags- und Mieterhöhungen sowie kostenpflichtige Inanspruchnahme der Beratungsleistungen umzulegen?
- Wie würde eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke und ihrer Angebote langfristig sicherstellen?

2.8. Mobilität/Semesterticket

- Die Landesregierung sollte ein landesweites Semesterticket finanziell unterstützen, um es sozialverträglich zu machen.
- Kooperationen zwischen Studierendenvertretungen und Fahrradverleihen sollten aus gesundheitlichen und Nachhaltigkeits-Gründen vom Land subventioniert werden.
- Ausbau des ÖPNV (Frequenz, Erreichbarkeit etc)
- Der Öffentliche Nahverkehr soll dementsprechend ausgebaut werden, dass Universitätsgebäude frequentiert angefahren werden und gut erreichbar sind.

2.9. Forschung & Lehre

- Hochschulen sollten abhängig von den publizierten Studien finanziert werden.
- Hochschulen sollten auch Forschung zu militärischen Zwecken durchführen. (Zivilklausel)
- Professuren sollen nicht mehr auf Lebenszeit vergeben werden dürfen.
- Befristungen (wissenschaftliches Personal, Mittelbau..) durch Sparmaßnahmen, Haushaltskonsolidierungen, HoFV, anhaltende sachgrundlose Befristungen in Hochschulen (vgl. Drucksache 16/7787)
- Frauen, Inter- und trans-Personen sollen in der Forschung gezielt gefördert werden. (Quote?)
- Es sollten Kompetenzzentren für Nachhaltigkeitsforschung gegründet werden.
- Es sollten Kompetenzzentren für Gender Studies gegründet werden.

2.10. Kompetenzen von Studierendenvertretungen / politisches Mandat

Politisches Mandat

- Studierendenschaften sollten sich auch zu Themen, die nichts mit Hochschulen zu tun haben, äußern dürfen.
- Studierendenschaften sollte sich zu allen Themen äußern dürfen, auch wenn diese über Hochschulpolitik hinausgehen.
- Studierendenvertretungen sollten zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen Stellung beziehen können.
- Studierendenschaften sollten sich lediglich zu Themen äußern dürfen, von denen Studierende direkt betroffen sind.

Viertelparität

- In den Hochschulgremien sollten alle Statusgruppen gleich viele Plätze und Stimmen haben.
- In den Hochschulgremien sollten Studierende so viele Stimmen haben wie Professor*innen.
- Hochschullehrer*innen, Studierende, akademische Mitarbeiter*innen und sonstige Mitarbeiter*innen sollten in den Hochschulgremien paritätisch vertreten sein und – sofern mit der Wissenschaftsfreiheit möglich – gleich viele Stimmen haben.
- Hochschulgremien sollen so besetzt werden, dass die Statusgruppe der Professor*innen stets eine Mehrheit hat.
- Hochschulgremien sollen mehrheitlich mit Professor*innen besetzt werden, Studierende und weitere Statusgruppen teilen sich die übrigen Plätze.
- Entscheidungen, die Studierende betreffen, müssen von Gremien getroffen werden, die mindestens zu XY Teilen aus Studierenden bestehen (1/4, 1/2,...)
- es braucht mehr studentische Mitbestimmung und auch Veto-Rechte bei der Ausgestaltung und Entscheidungsfindung der universitären Lehre.

Studentisches Rektoratsmitglied/Hochschulratsmitglied

- In den Rektoraten sollte es mindestens ein studentisches Rektoratsmitglied geben.
- In den Hochschulräten sollte es per Gesetz mindestens ein studentisches Mitglied im Hochschulrat geben.

2.11. Studiengebühren? BAföG? Weitere finanzielle & Förderungsaspekte

1. Das Studium sollte für jede*n kostenlos sein. Dazu soll ständig daran gearbeitet werden, die Verwaltungsgebühren so niedrig wie möglich zu halten und sie bestenfalls abzuschaffen.
2. BAföG sollte elternunabhängig vergeben werden / Die Landesparteien sollten sich auf Bundesebene für ein elternunabhängiges BAFÖG einsetzen.
3. Die finanzielle Unterstützung der Studierendenvertretung soll erhöht werden.
4. Studierende sollen den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen dürfen.
5. BAföG soll Regelstudienzeitunabhängig und auf die gesamte Laufzeit des Studiums vergeben werden.
6. Die Studierendennothilfe soll ausgebaut werden und Studierenden unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.
7. Mensa-Essen sollte kostenlos sein.
8. Studierende sollten auch bei einem Erststudium Materialkosten wie z.B. Blöcke, Stifte, Druckkosten etc. bei ihrer aktuellen oder ihrer zukünftigen Steuererklärung absetzen dürfen.
9. Zweitstudiengebühren sollen abgeschafft werden.

10. Besonders Studierende arbeiten im Nebenjob in der Gastro, die auch zukünftig bei ähnlichen Situationen wie der Pandemie einen vollen Lohnersatz erhalten sollen, wenn es wie durch die Pandemie die Branche nicht vollzeit arbeiten kann. Darüberhinaus muss der Lohn deutlich erhöht werden.

2.12. Hochschulzugang & Bewerber*innenauswahl (NC, Zugangsberechtigung)

1. Die allgemeine Hochschulreife soll neben einem FSJ der einzige ausschlaggebende Immatrikulationsgrund sein. Studieneignungstest sollen vermieden werden.
2. Um Chancengleichheit bei der Bewerbung auf einen Studienplatz zu ermöglichen, soll ein bundesweit einheitliches Abitur geschaffen werden.
3. Studiengänge sollten keinem Numerus Clausus (NC) unterliegen.
4. Die finanzielle Unterstützung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist zu gering im Vergleich zu der expliziten Förderung von sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Technik) und soll deshalb stärker ausgebaut werden.
5. Das Abitur sollte ohne zwingenden Schul- oder Bundeslandwechsel mehrmals wiederholt werden können.
6. Sogenannte Orientierungsprüfungen, mit nur zweimaligen Versuchen und anschließender Exmatrikulation, sollten abgeschafft werden.
7. Der NC zur Zulassung zu Studiengängen soll bei allen Studiengängen ausschließlich auf Grundlage der für den Studiengang relevanten Leistungen kalkuliert werden.

2.13. International Studieren, europäische & internationale Vernetzung und Austausch

1. Studiengebühren für internationale Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland sollen abgeschafft werden.
2. Die Kooperation mit Universitäten zwecks Erasmus-Austausch soll Fachbereichsunabhängig, als ein Austausch-Pool für alle Studierende, ausgebaut werden.
3. Englisch-sprachige Studiengänge sollen explizit gefördert werden.
4. Vorlesungszeiten sollen im Europäischen Hochschulraum vereinheitlicht werden

2.14. Unsortiert

- Der NC soll abgeschafft werden.
- Stiftungen, mit öffentlichen Gelder, müssen ihre Forschungen auch öffentlich machen.
- Kein Landesgeld für Hochbegabtenförderung.
- Kostenlose Verbundsemestertickets.
- Das Land soll das neue Landesweite Semesterticket nicht fördern.
- Für berufliches Engagement sollen Studierende Gutscheine für kulturelle Angebote erhalten.
- Verfasste Studierendenschaften sollen sich parteipolitisch positionieren dürfen.
- Leerstehende Kasernen sollen für studentischen Wohnraum umgenutzt werden.
- Das Zweitstudium soll gebührenfrei werden.
- Studierendengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland abschaffen.
- Keine Pflichtveranstaltungen an Sonntagen.
- 2.000 mbit-Leitungen für alle studentischen Wohnheime.
- Militärische Forschung soll gefördert werden.
- Exzellenzuniversitäten verdienen mehr staatliche Zuwendungen als andere Hochschulen.
- Land soll für die Weiterverbreitung von Inklusion am Personal sparen.

- Im Medizinstudium muss das BIPOC-Modell gelehrt werden, um rassistische Diskriminierungen besser zu verhindern. (vgl. <https://kritische-medizinmuennenchen.de/ueber-rassismus-in-der-medizin/>)
- Im öffentlichen Bereich (Polizei, Lehramt, Verwaltung) sollten Wohnungen an Praktikumsorten finanziell bezuschusst werden.
- Videoüberwachung an Hochschulorten sollten mit Gesichtserkennungssoftware arbeiten.
- Werbung für Sekten und fundamentalistisch-religiöse Veranstaltungen sollten verboten werden.

2.14.1. VS Uni Mannheim



Queere Themen

- Die Vornamensänderung an Schulen und Universitäten sollte für trans* Personen bereits vor der offiziellen Vornamens- und Personenstandsänderung erleichtert werden
- Es sollte in jeder öffentlichen Einrichtung "all gender"-Toiletten geben
- Stereotype Darstellungen von marginalisierten Gruppen in Lernmaterial sollten aktiv vermieden werden.
- Beratungsstellen und Vertrauenslehrende an Schulen und Universitäten sollten verpflichtend in queeren Themen geschult sein
- Für Personal in sozialen Berufen und im öffentlichen Dienst sollte es verpflichtende Weiterbildungen zur Sensibilisierung für queere Themen geben

2.15. Vorschläge aus dem Webformular

- Mit dem Universitätszugang sollte der Zugang zu online Artikeln auch weiterhin erfolgen, selbst wenn es zur Einführung von Upload Filtern kommt, die den Zugriff auf Artikel begrenzen?
- Die Universitäten sollten einen eigenen Notfallplan für Pandemien wie Corona besitzen, indem sie zunächst Große Veranstaltungen in Stufe 1 selbstständig digitalisieren dürfen und im weiteren Verlauf auch Übungen und Seminare so umgestalten können, wie es der Pandemiesituation entspricht und damit das Recht haben, einen Notfallprüfungsplan zu schaffen
- Sollten Hochschulen ihre Publikationen soweit wie möglich frei zur Verfügung stellen (Open Science)?

2.16. Arbeitskreis Corona

- Schon bevor der Coronakrise war eine Reform des BAföGs dringend notwendig. Die Landesregierung muss hier die Initiative im Bundesrat ergreifen, um die Öffnung des BAföGs zu einer elternunabhängigen Finanzierung schnellstens einzuführen.
- Unverschuldete Notlagen von Studierenden müssen aufgefangen werden. Nothilfen müssen ohne Rückzahlung gewährt werden.
- Zusätzliche Mittel für die Studierendenwerke müssen bereitgestellt werden, um dem stark steigenden Bedarf der psychologischen Beratungsstellen nachzukommen.
- Die öffentlichen Verkehrsmittel werden in der Coronazeit durch wegfallende Präsenzlehre weniger von Studierenden genutzt. Semestertickets müssen bedarfsorientiert angepasst werden und eine Mitfinanzierung durch das Land erfahren.
- Die Präsenzlehre sollte vollumfänglich durch Online Lehre ersetzt werden.
- Studierende sind auf Lernplätze angewiesen. Die Universitäten und Hochschulen müssen ihre Räumlichkeiten für Lernplätze zur Verfügung stellen.
- Gerade in der Coronakrise ist es schwer die Literatur für den Studienfortschritt zu erhalten. Die Bibliotheksbestände müssen schnellstmöglich (zentralisiert werden und) digital allen Studierenden zur Verfügung stehen.
- Software, die in der Lehre eingesetzt wird sollte frei und offen sein.